

Vorlesung Technikrecht

Einführung in das Immaterialgüterrecht: Begriffe und Funktionen

Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M.

1

Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M.

Funktionen des Technikrechts

Innovationsschutz

Schutz **von** innovativer Technik
(Vermeidung von Marktversagen)

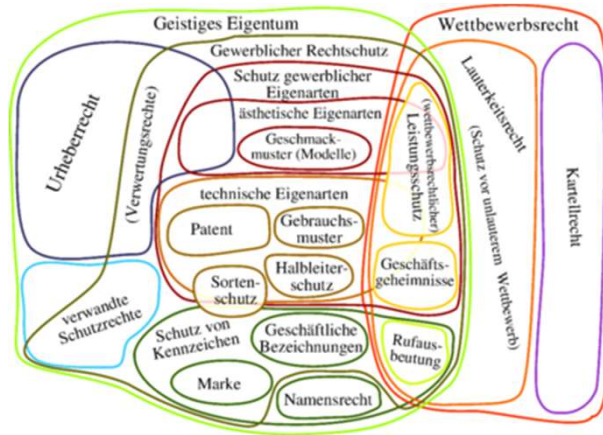
Innovations- verantwortung

Schutz **vor** dem Risiko des Nichtfunktionierens von
Technik, durch

- Gefahrenabwehrrecht
- Risikovorsorge
- Haftungsrecht

2

Immateriälgüter- und Wettbewerbsrecht



Quelle: Cfaerber, CC BY-SA 3.0

3

Sacheigentum vs. „Geistiges Eigentum“



Materielle Güter

- exklusiv (= Ausschluss Anderer)
- rival (= keine Parallelnutzung)
- nutzen sich ab

→ Sacheigentum weltweit anerkannt, aber ggf. Schranken unterworfen

Immaterielle Güter

- nicht exklusiv (außer: Geheimhaltung)
- nicht rival
- nicht abnutzbar

→ rechtlicher Schutz uneinheitlich; Schutz zeitlich begrenzt

4

Die wichtigsten Immaterialgüterrechte

Schutzrecht	Gegenstand	Entstehung	Beispiel
Urheberrecht	Werk (= persönliche, geistige Schöpfung)	Schöpfung	
Patent	Erfindung (= technische Lehre zum praktischen Handeln)	Erteilung	
Marke	Kennzeichen	<ul style="list-style-type: none">Eintragung oderVerkehrsgeltung durch Benutzung	
Design	2- bzw. 3-dimensionale Erscheinungsform	i.d.R. Eintragung	

5

Ein Produkt - viele IP-Rechte

Marken

- NOKIA
- Produkt "208"
- Startmelodie

Urheberrecht

- Software
- Benutzerhandbücher
- Klingeltöne
- Startmelodie
- Bilder



© Nokia Corporation

Patente und Gebrauchsmuster

- Datenverarbeitungsverfahren
- Betriebssystem
- Bedienung der Benutzeroberfläche

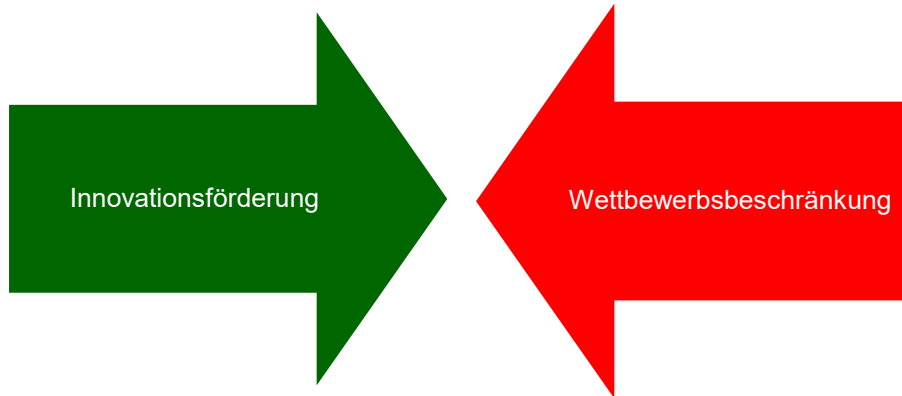
Design

- Form des Mobiltelefons insgesamt
- Anordnung und Form der Tasten
- Position und Form des Bildschirms

Quelle der Folie: EPA/HABM

6

Marktfunktionalität



Interessenabwägung im Sinne des Allgemeininteresses an
Angebotsvielfalt zu günstigen Preisen sowie **technologischer Innovation**
(Steuerungsinstrumente: Schutzbereich, Schutzzumfang, Schranken)

7

Vorlesung Technikrecht

Einführung in das Immaterialgüterrecht: Begriffe und Funktionen

Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M.

8

Geschichtliche Entwicklung I

I. Antike

- kein Schutz erfinderischer oder kultureller Leistungen
- Verbreitung von Warenkennzeichen, gewisser Schutz durch das römischen Namensrecht

II. Mittelalter

- Innovationshemmung durch Zunftzwang
- große Verbreitung von Handwerker-, Stadt-, Zunft- und Handelzeichen – strafbewehrter Irreführungsschutz
- Erteilung von Gewerbe-, Erfinder-, Druckerprivilegien als Gnadenakt des Territorialherrns
- Erstarkung der Privilegienerteilung zur festen Rechtspraxis
- erstes Patentgesetz: Statut des Rats von Venedig 1474

9



»Unter uns leben große und geniale Männer, die fähig sind, sinnreiche Vorrichtungen zu erfinden und zu entdecken; und mehr solcher Männer kommen in Anbetracht der Größe und Kraft unserer Stadt täglich von überall her zu uns. Wenn nun Vorsorge getroffen würde, dass andere, die die von diesen Männern entdeckten Vorrichtungen und Werke sehen, nicht bauen können und dem Erfinder seine Ehre nehmen, dann würden mehr Männer ihre Talente anwenden, würden entdecken und Vorrichtungen bauen, die sehr nützlich und vorteilhaft für unser Gemeinwesen sind.«

Patentgesetz der Republik Venedig (1474)

10

Geschichtliche Entwicklung II

III. Statute of Monopolies 1624 (England)

- Verbot von Monopolen
- Im Gegenzug Patenterteilung für die Erfindung von Gewerbeerzeugnissen / -verfahren an den „true and first inventor“

IV. Theorie vom Geistigen Eigentum

- Naturrechtslehre / Aufklärung: Gedanke eines natürlichen Eigentums an den durch den menschlichen Geist geschaffenen Erzeugnissen

V. Erste internationale Abkommen

- PVÜ (1883); MMA & MHA (1891); Berner Übereinkunft (1886)

11



12

Geschichtliche Entwicklung III

VI. Reichsgesetzgebung in Deutschland

- Mitte des 19. Jahrhunderts: Diskussion zwischen Patent- und Antipatentbewegung
- Markenschutzgesetz (1874); Mustergesetz (1876); Patentgesetz (1877); Gebrauchsmustergesetz (1891); UWG (1896)

VII. Europäisierung und Internationalisierung

- Europäisches Patentübereinkommen (EPÜ) (1973)
- EG-Markenrechtsrichtlinie (1988), Gemeinschaftsmarkenverordnung (1993)
- TRIPS-Übereinkommen (1994)
- GeschmacksmusterRL (1998), GemeinschaftsgeschmacksmusterVO (2002)
- InfoSoc-RL (2001) 2012 ff.
- EU-Patentpaket (2012): Einheitspatent-VO und EPGÜ

13

Vorlesung Technikrecht

Einführung in das Immaterialgüterrecht: Das Territorialitätsprinzip

Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M.

14

Das Territorialitätsprinzip und seine Folgen

Ubiquität der Immaterialgüterrechte

- Immaterialgüterrechte sind unverkörpernt und an keinem Ort belegen

Territorialitätsprinzip

- Die Wirkung von Immaterialgüterrechten ist deshalb auf das Territorium des Staates beschränkt, in dem sie erworben wurden.

Schutzlandprinzip

- Auf Entstehung und Verletzung des Immaterialgüterrechts ist das Recht des Staates anwendbar, für den Schutz begehrt wird, Art. 8 Rom II-VO.

Internationale Zuständigkeit

- Ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte des Registerstaats für Verfahren über den Bestand des Immaterialgüterrechts, Art. 24 Nr. 4 Brüssel Ia-VO

15

Abmilderung des Territorialitätsprinzips durch Internationalisierung und Europäisierung

I. Mindeststandards und Inländergleichbehandlung

- PVÜ (1883), RBÜ (1887); TRIPs (1994)

II. Internationale Registrierung bzw. Erteilung

- MMA (1891); PMMA (1989); PCT (1971); EPÜ (1973)

III. Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union

- Markenrechtsrichtlinie (1988); Design-RL (1998); 9 urheberrechtliche RL, insbes. InfoSoc-RL (2001); DurchsetzungsRL (2004)

IV. Schaffung von Einheitsrechten für das Territorium der EU

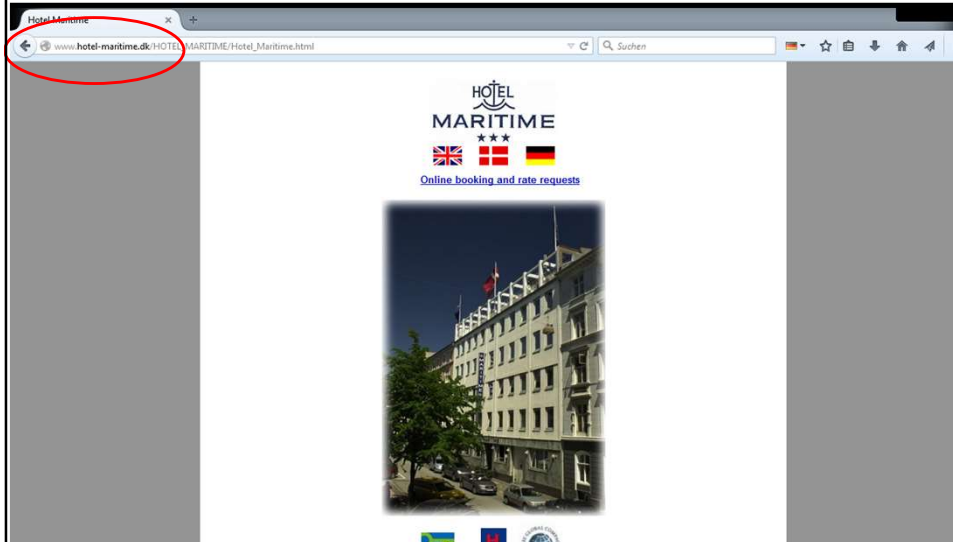
- UnionsmarkenVO (urspr. 1994); Verordnung über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (1994); GemeinschaftsgeschmacksmusterVO (2002); EinheitspatentVO (2012)

V. Erleichterung der Rechtsdurchsetzung

- TRIPs (1994); DurchsetzungsRL (2004); EPGÜ (2012)

16

Territorialitätsprinzip & Herausforderung Internet



17

Überblick: Die wichtigsten Staatsverträge

- Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (PVÜ, 1883)
- Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (1887/1908)
- Madrider Markenabkommen (MMA, 1891)
- Welturheberrechtsabkommen (1952)
- Gründung der World Intellectual Property Organization (WIPO, 1969)
- Patent Cooperation Treaty (PCT, 1971)
- Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ, 1973)
- Protokoll zum Madrider Markenabkommen (PMMA, 1989)
- TRIPS-Übereinkommen (1994)
- WIPO Copyright Treaty (WCT, 1996)

18

Überblick: Die Richtlinien der EU

Markenrecht

- Markenrechtsrichtlinie

Designrecht

- Geschmacksmusterrechtsrichtlinie

Patentrecht

- Richtlinie über die Patentierbarkeit biotechnologischer Erfindungen

Geistiges Eigentum allgemein

- Enforcement-Richtlinie

Urheberrecht

- RL Urheberrecht im Digitalen Binnenmarkt
- InfoSoc-RL
- Computerprogramm-Richtlinie
- Vermiet- und Verleih-Richtlinie
- Satelliten- und Kabel-Richtlinie
- Schutzdauer-Richtlinie
- Datenbank-Richtlinie
- Multimedia-Richtlinie
- Folgerechts-Richtlinie
- Richtlinie über die kollektive Rechtswahrnehmung

19

Überblick: EU-Verordnungen zur Schaffung einheitlicher Schutzrechte

- UnionsmarkenVO
- GemeinschaftsgeschmacksmusterVO
- Verordnung über den gemeinschaftlichen Sortenschutz
- EinheitspatentVO (noch nicht in Kraft)

20

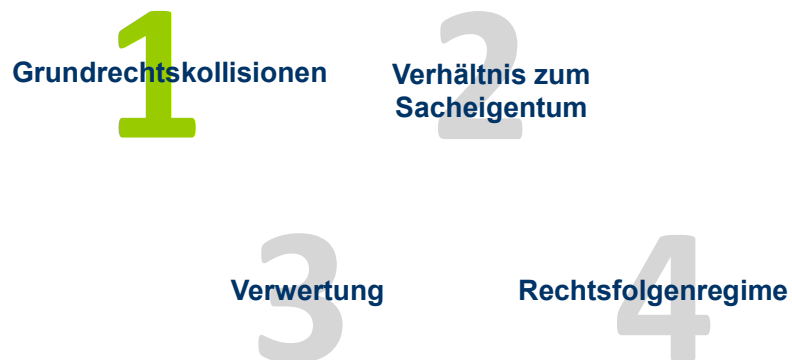
Vorlesung Technikrecht
Einführung in das Immaterialgüterrecht:
Das Territorialitätsprinzip

Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M.

21

Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M.

Übergreifende Aspekte



22

Verfassungsrechtlicher Schutz

Art. 14 GG

- (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. [...]

Art. 17 GRCh

- (1) Jede Person hat das Recht, ihr rechtmäßig erworbenes Eigentum zu besitzen, zu nutzen, darüber zu verfügen und es zu vererben. [...]
- (2) **Geistiges Eigentum wird geschützt.**

23

Grundrechtskonflikte I



24

Grundrechtskonflikte II – Metall auf Metall



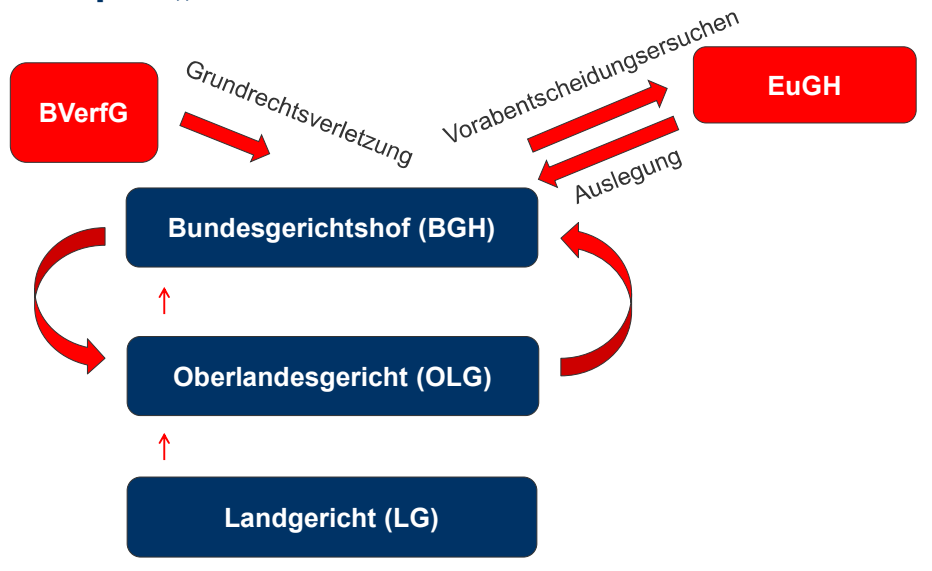
25

Grundrechtskonflikte II – Metall auf Metall



26

Beispiel „Metall auf Metall“



27

Grundrechtskonflikte III



Stoppt die Zensurmaschine – Rettet das Internet!

4.002.764 haben unterschrieben. Nächstes Ziel: 4.500.000.



28

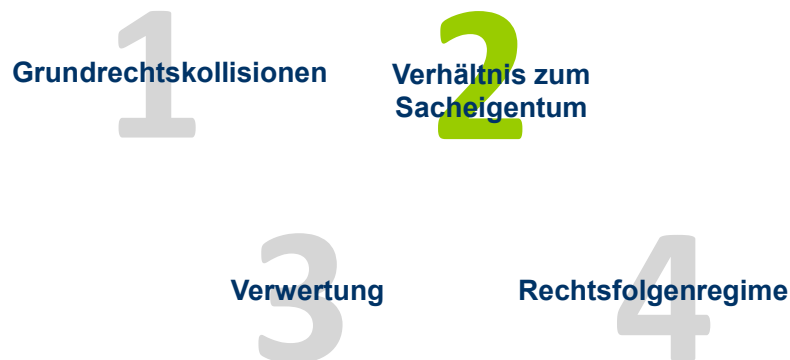
Richtlinie Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt

Art. 17

- Adressaten: Diensteanbieter für das Teilen von Online-Inhalten, Art. 2 Nr. 6
- Art. 17 VI: Ausnahmen für Start-ups
- Art. 17 I 2: Erlaubnis (Lizenz) des Rechteinhabers muss eingeholt werden
- Art. 17 III: Haftungsprivilegierung nach Art. 14 E-Commerce-RL (= § 10 TMG) findet keine Anwendung
- Art. 17 IV lit. a & b: Verantwortlichkeit des Diensteanbieters für Rechtsverletzungen der Nutzer, sofern keine ausreichenden Anstrengungen, eine Lizenz zu erhalten und keine Maßnahmen zur Verhinderung von Rechtsverletzungen „nach Maßgabe hoher branchenüblicher Sorgfalt“ (→ i.E. Upload-Filter) getroffen wurden
- Art. 17 IV lit. c: „notice and take down“ bzw. „notice and stay down“
- Art. 17 VII: Gewährleistung von Meinungsfreiheit
- Art. 17 VIII: keine allgemeine Überwachungspflicht ↔ Verhältnis zu Art. 17 IV unklar

29

Übergreifende Aspekte



30

Immaterialgüterrecht vs. Sacheigentum

§ 44 Abs. 1 UrhG:

„Veräußert der Urheber des Originals das Werk, so räumt er damit im Zweifel dem Erwerber ein Nutzungsrecht nicht ein.“

§ 7 Ahrens/McGuire, Modellgesetz für Geistiges Eigentum

„Ein absolutes Schutzrecht hängt nicht vom Sacheigentum an einem Gegenstand ab, in dem sich die schöpferische Leistung ausdrückt oder auf das sich die gleichgestellte unternehmerische Leistung bezieht. Mit dem Übergang des Sacheigentums an einem derartigen Gegenstand ist der Erwerb von Rechten des Geistigen Eigentums nur in den gesetzlich oder vertraglich bestimmten Fällen verbunden.“

31

Immaterialgüterrecht vs. Sacheigentum

- Immaterialgüterrechte und das Sacheigentum an den Gegenständen, in denen das Immaterialgut verkörpert ist, sind selbständig und unabhängig voneinander
- **Das Immaterialgüterrecht gewährt kein Eigentumsrecht an der Sache, in der es verkörpert ist**
- **Das Eigentumsrecht an der Sache gewährt kein Immaterialgüterrecht**
- Siehe § 44 I UrhG als Ausdruck dieses Grundsatzes
- Ausnahmen bestätigen die Regel, z.B. §§ 44 II, 69d UrhG
- Eine vertragliche Vereinbarung kann gleichzeitig die Übertragung des Sacheigentums und der Nutzungsrechte an Immaterialgüterrechten vorsehen

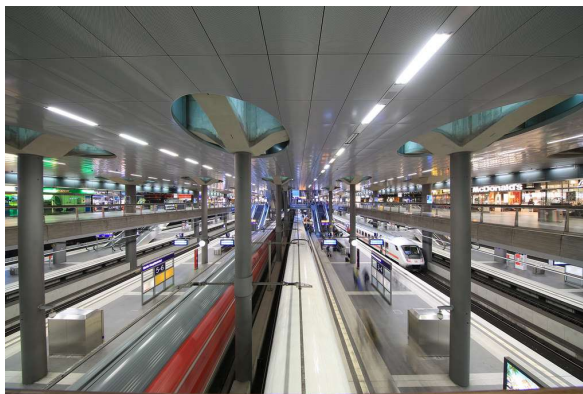
32



33

Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M.

Immaterialgüterrecht vs. Sacheigentum: Meinhard von Gerkan vs. Deutsche Bahn AG



Näher zum Rechtsstreit: *Obergfell/Elmenhorst*, ZUM 2008, 23 ff.

Fotografie: Pascal Volk, CC BY-SA 2.0

34

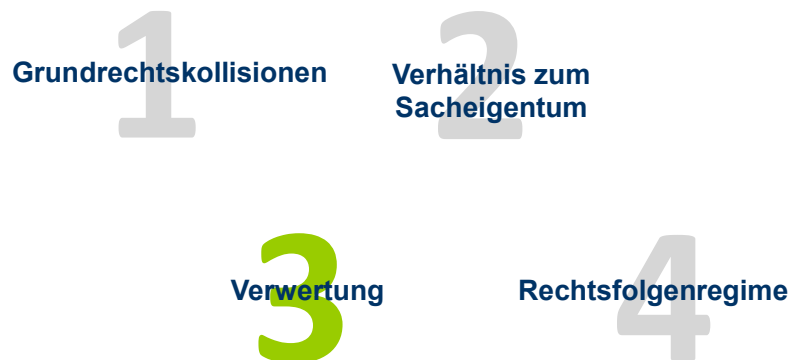
Immaterialgüterrecht vs. Sacheigentum:



HHole (for Mannheim)
BGH GRUR 2019, 609

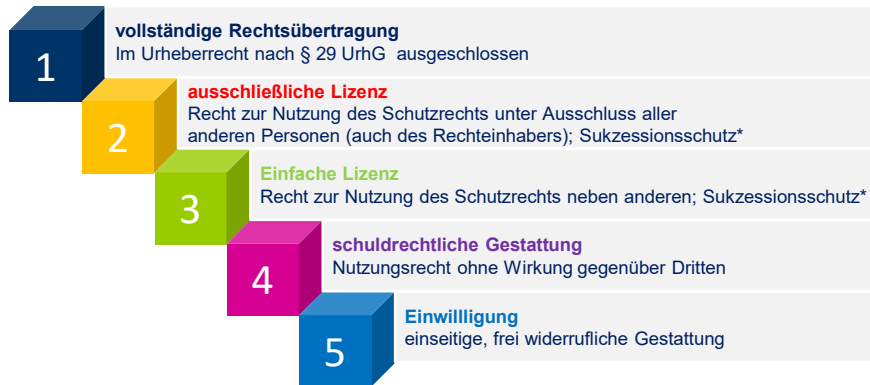
35

Übergreifende Aspekte



36

Stufenleiter der Gestattungen nach *Ohly*



* Sukzessionsschutz: Nutzungsrechte bleiben gegenüber später eingeräumten Nutzungsrechten wirksam

37

Pflichten der Parteien (Verwertungslicenz)

Lizenzgeber

- Einräumung der Lizenz
- Technische Unterstützung und Lieferung von Know-How
- Aufrechterhaltung des Schutzrechts
- Enthaltungspflicht
- Geheimhaltung

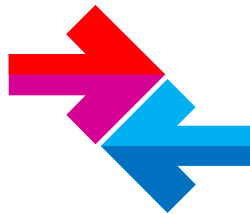


Lizenznehmer

- Zahlung der Lizenzgebühr
- ggf. Ausübungspflicht
- Auskunft und Rechnungslegung
- ggf. Aufrechterhaltung des Schutzrechts
- Geheimhaltung

38

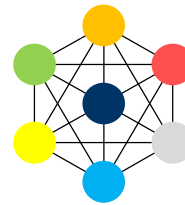
Erscheinungsformen von Lizenzen



Verwertungslizenz



Kreuzlizenz



Patentpool

Mögliche Beschränkungen z.B. Gebietslizenz, Zeitlizenz, Betriebslizenz, Quotenlizenz

39

Übergreifende Aspekte

1
Grundrechtskollisionen

2
Verhältnis zum
Sacheigentum

3
Verwertung

4
Rechtsfolgenregime

40

Das Rechtsfolgenregime

Rechtsschutzziel

Abwehr

Anspruch auf...

- Unterlassung der Rechtsverletzung
- Beseitigung der Rechtsverletzung
- Vernichtung und Rückruf rechtsverletzender Gegenstände

Schadensersatz

- konkrete Vermögenseinbuße
- Herausgabe des Verletzergewinns
- angemessene Lizenzgebühr (3-fache Möglichkeit der Schadensberechnung)

Information

- Auskunft über Vertriebswege und Umfang der Rechtsverletzung
- Vorlage oder Besichtigung vermeintlich rechtsverletzender Gegenstände und beweisdienlicher Unterlagen